



Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Eendenich und Weststadt

Dezember 1984

Baudenkmal in Gefahr Kein Kaufhaus Im Reuterhof!

Drei neue Supermärkte im Eendenicher Zentrum will die CDU einrichten. Vor der Wahl hatte ihr Stadtverordneter Hospes noch ganz anders geredet. Die Folgen für die Infrastruktur und den Verkehr scheinen ihn nicht zu interessieren. Vor allem der unter Denkmalschutz stehende Reuterhof ist in Gefahr.

"Mehrere Supermärkte sollen in Eendenich angesiedelt werden". Diese Schlagzeile konnte man im November im Banner Generalanzeiger lesen. Und gleich drei davon sollen nach dem Willen der CDU und ihres Stadtverordneten Hospes die Eendenicher beglücken.

Bereits im Juli hatte es erregte Diskussionen unter Eendenicher Geschäftsleuten und anderen Bürgern gegeben, als erste Pläne dieser Art bekannt wurden. Die Ablehnung war einhellig. Auch die Eendenicher SPD sprach sich gegen neue Supermärkte im

Verständlich, standen doch Kommunalwahlen unmittelbar bevor. Da wollte man es mit der Eendenicher Geschäftswelt nicht verderben.

Aber jetzt sind die Wahlen ja vorbei, die CDU mit zwei blauen Augen davor gekommen, und nun geht's nach dem Motto "was kümmert mich mein Geschwätz von gestern".

War die CDU gestern nicht unbedingt gegen einen weiteren Markt, so geht sie nun in die Vollen: gleich drei neue Märkte sollen nach Eendenich!



Der Reuterhof sollte nach dem Willen der SPD ein Bürger- und Jugendzentrum werden. Soll so die Zukunft des Baudenkmals aussehen?

Eendenicher Zentrum aus, weil sie dadurch eine starke zusätzliche Belastung durch Autoverkehr für den Ortsteil sah.

Auch die CDU tat so, als sei sie damit nicht einverstanden. Sie lehnte nicht "von vorneherein" einen weiteren Supermarkt in Eendenich ab. Erst müsse jedoch mit den Geschäftsleuten und den Bürgern darüber gesprochen und eine Bedarfsuntersuchung durchgeführt werden.

Im Gespräch für diese neuen Geschäfte sind die Firmen Aldi, Kaisers Kaffee und auch Stüssgen.

Im Interesse der Kunden und Verbraucher unterstützt die SPD Bestrebungen, das Kaufangebot in Eendenich zu verbessern. Ein neuer Markt ist jedoch ausreichend, will man nicht das jetzt bestehende Angebot der Eendenicher Einzelhändler durch einen ruinösen Wettbewerb vernichten.



Übrigens:

Erinnern Sie sich noch? Vor einigen Monaten kündigte ROTKEHLCHEN an, der CDU-Stadtverordnete Hospes wolle Eendenich umbauen.

Er hatte umfangreiche Pläne vorgelegt, wie die wichtigsten Kreuzungen in Eendenich umgestaltet werden sollten.

Der Schulwegsicherung sollten alle diese Maßnahmen dienen, wie Hospes immer wieder betonte.

Die SPD traute dem Ganzen nicht so recht. Zwar hielt auch sie verschiedene Verbesserungen für notwendig, aber die Hospes-Planungen erschienen allein vom finanziellen Aufwand her nicht realisierbar.

"Der große Bluff" überschrieb damals ROTKEHLCHEN die Nachricht.

Im Hauptauschuß des Rates wurde dann, auch mit den Stimmen der SPD, beschlossen, die Verwaltung solle bei jeder in Zukunft anstehenden Straßenbaumaßnahme in Eendenich diese Anregungen mit in die Planung aufnehmen.

Nun sind die ersten Bauarbeiten an einer der Kreuzungen, die als besonders gefährlich angesehen wurden, beendet worden.

Und da ist der Herr Hospes in einen ganz schlimmen Verdacht geraten.

Sollten seine ganzen Pläne und Ankündigungen letztlich doch nichts anderes als ein großer Wahlkampftrick gewesen sein?

Wieso dieser Verdacht?, werden Sie fragen. Ganz einfach!

Gehen Sie doch mal hin zur Kreuzung auf der Autobahnbrücke am Wiesenberg. Sie ist mit einer völlig neuen Decke versehen worden.

Vergleichen Sie mal die jetzige Verkehrsführung mit der bisherigen. Nichts hat sich geändert!

Dabei war dies einer der wichtigen Punkte. Wie wird's wohl den anderen ergehen?

Drei neue Märkte gehen mit Sicherheit über den Bedarf in Endenich weit hinaus. Das kann dann statt zu gesunder Konkurrenz zu einem Vernichtungswettbewerb führen, den letztlich die Bürger in Endenich zu bezahlen haben. Werden sie auch zunächst die Nutznießer sein, wird ihnen das Lachen spätestens dann vergehen, wenn nur noch der Stärkste übrig ist. Wie dann die Preise aussehen, davon können die Bewohner des Hügels bereits ein Liedchen singen.

Zwei Jahre Kohl - Versprochen und nicht gehalten: Abrüstung

Versprochen:

„Unser vordringliches Ziel ist es, das notwendige militärische Gleichgewicht durch konkrete, ausgewogene und nachprüfbar Verhandlungsergebnisse auf einem möglichst niedrigen Niveau der Rüstungen herzustellen und zu stabilisieren.“

(Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl)

Nicht gehalten:

Die Bundesregierung stimmte der westlichen Raketenstationierung zu. Sonst geschah - eben - gar nichts. Vorbereitete Initiativen z. B. bei den Wiener Abrüstungsverhandlungen wurden zurückgezogen.

Versprochen:

„Die Bundesregierung (verfolgt) das Ziel des völligen Verbots chemischer Waffen durch ein weltweites zuverlässig überprüfbares Abkommen.“

(Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl)

Nicht gehalten:

Laut Weissbuch 1983 hält es die Bundesregierung für unerlässlich im NATO-Bereich die C-Waffenabwehrfähigkeit zu verbessern und eine „im Umfang begrenzte“ Repressalienkapazität aufrechtzuerhalten.

Die CDU-Politik der totalen freien Marktwirtschaft, also des ruinösen Wettbewerbs, in dem die Großen die Kleinen vernichten, kann nicht im Interesse der Bürger sein.

Mit zweien der vorgesehenen Standorte (ehemaliges Tapetengeschäft Salm oder Gelände an der Erich-Hoffmann-Straße) dürfte es keine großen Probleme geben. Ein Standort ist jedoch untragbar.

Der „erste Entwicklungsschritt“ (CDU-Hospes) - man sollte wohl besser Zerstörungsschritt sagen - soll sich im Endenicher Zentrum vollziehen. Das Grundstück des Reuterhofes, der eben erst unter Denkmalschutz gestellt wurde, soll durch einen ersten Markt „verschönert“ werden.

Die SPD hatte schon im Dezember 1982 (ROTKEHLCHEN berichtete darüber) gewarnt, die CDU wolle dort einen Supermarkt unterbringen. Ihr Stadtverordneter Dieter Witte hatte sich deshalb immer wieder dafür eingesetzt, den Reuterhof durch Umwandlung in ein Bürger- und Jugendzentrum zu retten. Diese Forderung war in der Bevölkerung, insbesondere bei den Endenicher Vereinen auf große Unterstützung gestoßen. Sie hätte zur Einderung der Raum-

not bei Veranstaltungen in Endenich beigetragen. Die CDU hat diesen Wunsch der Bürger vom Tisch gefegt.

Das Schicksal des Reuterhofes scheint damit besiegelt zu sein. Eine große Chance für Endenich wurde vertan. Die CDU hat sich für Kommerz und gegen die Bürger entschieden, ihr Stadtverordneter Hospes wird sich ein weiteres negatives Denkmal setzen.

Neben der Beeinträchtigung des Baudenkmal Reuterhof wird es auch erhebliche Verkehrsprobleme geben. Ist es schon jetzt mit der „verkehrsberuhigten Einkaufsstraße“ nicht weit her, wird durch einen neuen Markt an dieser Stelle noch weiterer Verkehr ins Endenicher Zentrum gezogen. Also stärkere Belastung statt Verkehrsberuhigung! Auch

das ist Politik gegen die Interessen der Bürger.

Die SPD lehnt die Pläne für drei Supermärkte in Endenich ab. Ihr Stadtverordneter Dieter Witte will die wohnungsnahe Versorgung in Endenich erhalten. Gegenüber ROTKEHLCHEN faßt er seine Gründe zusammen:

1. Die Planung geht am Bedarf vorbei, die Zeche wird der Bürger zahlen.
2. Der Charakter des Reuterhofes als Baudenkmal wird zerstört.
3. Die Verkehrsbelastung darf nicht noch zunehmen.

Die SPD, so Dieter Witte weiter, wird ihre Meinung zu diesen Plänen nicht ändern. Sie steht zu dem, was sie den Bürgern vor der Wahl gesagt hat.



Wir
laden
ein

SPD-FRAKTION
IM RAT DER STADT BONN

3. SCHÜLER - THEATERWETTBEWERB 1985

Zum dritten Mal ruft die SPD - Stadtratsfraktion zu einem Schülertheaterwettbewerb auf.

Er soll die schöpferische und gemeinschaftsfördernde Arbeit an den Schulen in Bonn unterstützen und einen Beitrag zur Bonner Kulturszene außerhalb des Berufstheaters leisten.

Alle Schülergruppen jeder Altersstufe an den weiterführenden Bonner Schulen sind zur Teilnahme aufgerufen.

Wertvolle Preise sind zu gewinnen. Eine Produktion soll dadurch besonders ausgezeichnet werden, daß sie bei der Preisverleihung aufgeführt wird.

Anmeldungen nimmt die SPD - Stadtratsfraktion (Tel. 773811) bis zum 31. März 1985 entgegen.

Soziale Ausgewogenheit? Zwangsanleihe verfassungswidrig

1982 beschloss die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP die Investitionshilfeabgabe. Schon damals warnten Fachleute vor der Verfassungswidrigkeit des Gesetzes. Kommen die Besserverdienenden nun ganz an den Sparmassnahmen vorbei?

Nun haben sie wieder einmal zugeschlagen, die wortreichen Verfechter der sozialen Ausgewogenheit in CDU/CSU und FDP.

Kaum auf dubiose Weise 1982 an die Macht gekommen, begannen sie mit der Konsolidierung des Bundeshaushaltes, wie sie das nannten.

Was erfolgte, war ein Schnitt nach dem anderen in Netz der sozialen Sicherheit. Dem kleinen Mann ging es gewaltig an den Geldbeutel. Der Unmut in der Bevölkerung darüber wuchs. Also überlegte man, ob nicht auch die besser Verdienenden ihren Teil beitragen sollten.

Das Ergebnis der Überlegungen war die Investitionshilfeabgabe, auch Zwangsanleihe genannt. Danach sollte dieser Personenkreis

für eine beschränkte Zeit einen Aufschlag auf seine Steuerschuld zahlen. Das Geld sollte nach einigen Jahren zurückgegeben.

Allein das war schon ein entscheidender Unterschied zur Behandlung des „kleinen Mannes“. Bei all den Maßnahmen, mit denen er zur Kasse gebeten wurde, war niemals die Rede davon, daß er das Geld zurückerhalten solle.

Schon bei der Beratung des Gesetzes haben Fachleute darauf hingewiesen, daß das Gesetz verfassungswidrig sei. Nach dem Grundgesetz dürfen solche Maßnahmen nur zur Finanzierung konkreter Vorhaben eingesetzt werden. Die geplante Abgabe sollte aber nur Haushaltslöcher stopfen.

Das Bundesverfassungsgericht

hat das Gesetz kürzlich für verfassungswidrig erklärt. Das Geld muß zurückgezahlt werden.

Sollen die besser Verdienenden nun ungeschoren davonkommen? Darüber ist in der Rechts-Koalition jetzt der große Streit entbrannt.

Teile der CDU wollen, hauptsächlich wegen der im nächsten Jahr bevorstehenden Landtagswahlen besonders in Nordrhein-Westfalen, einen Ersatz schaffen, der die soziale Fassade der Union aufrechterhält. Die FDP will die Großen völlig freihalten, sie ist gegen jede Art von "Neidsteuer", wie sie das nennt.

Die SPD hat den Weg aus der verfahrenen Situation aufgezeigt. Sie hat bei den Haushaltsberatungen beantragt, eine nicht rückzahlbare Ergänzungsabgabe einzuführen, die besser verdienende Bürger an den Sparmaßnahmen beteiligt und rechtlich einwandfrei wäre.

CDU/CSU und FDP haben das abgelehnt. Sie wollen offenbar dafür sorgen, daß der kleine Mann allein die Zeche ihrer Sparmaßnahmen bezahlen soll.

Die letzten bekanntgewordenen Vorschläge sind geradezu ein Horror. Kleine steuerliche Vergünstigungen für die Kleinen, dafür die Steuerreform für die Großen zwei Jahre später.

Dazu Oppositionsführer Jochen Vogel vor dem Bundestag: "Man gibt dem Durchschnittsverdiener ein steuerliches Trinkgeld als Trostpflaster, während besser Verdienende lediglich einige Zeit auf Teile der ihnen zugedachten üppigen Steuergeschenke warten müssen".

Betrachtet man sich dieses Frauenspiel, kann einem der Verdacht kommen, die Koalition habe damals die Verfassungswidrigkeit in Kauf genommen, weil sie an diesen Personenkreis in Wirklichkeit gar nicht heran wollte.

Bevölkerung gefunden. Die Pläne verschwanden wieder.

Übrigens hat auch der Oberstadtdirektor bei der Vorlage des Berichtes zur Stadtentwicklung 1984 auf diesen Umstand hingewiesen.

Nun soll also wieder an das Naherholungsgebiet der Endenicher herangegangen werden.

Auch diesmal wird sich die SPD allen Planungen dieser Art widersetzen. Das Meßdorfer Feld muß frei bleiben im Interesse des Stadtklimas und der Gesundheit der Endenicher!

Das Feld muß frei bleiben

Es ist immer wieder überraschend, mit welchen Plänen die CDU heraussückt, wenn erst einmal die Wahlen vorbei sind.

Nicht nur weitere Supermärkte will CDU-Hospes nach Endenich haben, er hat sich mit seinen politischen Freunden noch andere Maßnahmen ausgedacht, mit denen er Endenich und die Weststadt beglücken will.

So soll jetzt endlich darangegangen werden, das Endenicher Ei umzubauen. Die Notwendigkeit, hier etwas zur Entschärfung eines Unfallsschwerpunktes zu tun, wird wohl niemand bestreiten. Die SPD fordert schon seit Jahren, im Zusammenhang mit der Überdeckung der Autobahn zwischen Endenicher Ei und Wiesenweg hier eine Lösung herbeizuführen.

Eine Planung zum Umbau des Eies hat dem Planungsausschuß vor einigen Jahren schon einmal vorgelegen. Herausgekommen wäre eine Lösung, die Fußgängern und Radfahrern keine Chance gelassen hätte. Obwohl sie Unterstützung bei der CDU fand, verschwand sie zunächst einmal wieder in der Schublade.

Nun soll sie wieder hervorgeholt werden. Nur soll jetzt zusätzlich wieder die Ein- und Ausfahrt in und aus Richtung Meckenheim ermöglicht werden.

Diese Möglichkeit hatte man aus Verkehrssicherungsgründen vor einigen Jahren erst unterbunden. Durch die erneute Öffnung will die CDU nun die Ortsteile Lengsdorf, Duisdorf und Endenich entlasten. Genau das Gegenteil wird eintreten.

Heute verteilt sich der Verkehr aus Richtung Meckenheim in die Innenstadt. Ein Teil verläßt die Autobahn in Lengsdorf und fährt über die Nordumgehung in die Stadt. Ein anderer Teil nimmt einen kleinen Umweg in Kauf und fährt über den Verteiler und den Nordzubringer.

Dieser letzte Teil der Autofahrer wird, wenn das Endenicher Ei wieder geöffnet wird, dort abfahren, weil der Weg kürzer ist.

Die Folge davon wird eine erheblich stärkere Belastung der Endenicher Straße und damit auch der Viktoriabrücke sein.

Und damit sind wir auch schon beim Punkt. Die CDU will, ROTKEHLCHEN berichtete darüber, unbedingt den Bau einer zweiten Viktoriabrücke. Die Bürger sind jedoch dagegen, weil sie dafür keine Notwendigkeit sehen.



„Mein Gott, wie er sich verändert hat...“

Zeichnung: Hanel

Umbau des Endenicher Eies Nur ein fauler Trick der CDU?

Große Pläne hat schon wieder der CDU-Stadtverordnete Hospes, und schon wieder werden sie, sollten sie realisiert werden, zum Nachteil für Endenich ausfallen. Die Freifläche soll beschnitten, mehr Verkehr in die Weststadt gelenkt werden.

In einer der letzten Nummern von ROTKEHLCHEN konnten die Leser erfahren; die SPD warnt vor einer drohenden Bebauung weiterer Teile des Meßdorfer Feldes. Von der Seite der CDU kam daraufhin nichts als verdächtiges Schweigen.

Nun hat sich herausgestellt, daß die Warnungen berechtigt waren. CDU-Stadtverordneter Hospes verkündete am 20. November im Bonner Generalanzeiger, die CDU wolle entlang der Endenicher Nordumgehung zwischen dem Hügel und der Firma Kreuzer einen etwa 200 Meter breiten Streifen für Mischnutzung ausweisen.

Was sich im Planungsdeutsch für den Laien so harmlos anhört, beinhaltet jedoch ein Vorhaben, das für Endenich in Zukunft von

großer Bedeutung sein kann. Es bedeutet nämlich, daß dann auf diesem Streifen gebaut werden könnte.

Noch sind große Teile dieser Fläche wie das übrige Meßdorfer Feld im Flächennutzungsplan als landwirtschaftliche Nutzfläche ausgewiesen. Das hat bisher garantiert, daß das Feld von Bebauung frei blieb. Besonders wichtig für Endenich, aber auch für große Teile der Gesamtstadt ist das deshalb, weil die Freifläche eine der letzten Frischluftschneisen für die Durchlüftung ist.

Bereits vor 10 Jahren gab es Pläne der CDU, das Feld zu bebauen. Die SPD hatte damals in einer Planungsausstellung auf diese Gefahr hingewiesen und große Unterstützung in der

Nun bietet sich hier für die CDU die Möglichkeit, zusätzlichen Verkehrsdruck auf die Viktoriastraße zu legen und damit die angebliche Notwendigkeit der zweiten Brücke zu beweisen. Dieses Spiel wird die SPD nicht mitmachen. Sie will keinen zusätzlichen Verkehr auf der Vik-

torialstraße, sie will die Endenicher Straße nicht noch stärker belasten.

Sinnvolle verkehrssichernde Maßnahmen am Endenicher Ei wird die SPD mittragen. Den Taschenspielertricks der CDU wird sie nicht auf den Leim gehen.

Basteln für das Burgfest

Auf dem jährlichen Endenicher Burgfest hatte die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) immer einen Basar durchgeführt, dessen Erlös dem Bonner Frauenhaus zugekommen ist.

Auch im nächsten Jahr soll das wieder so sein. Auf diesem Basar sollen auch selbstgebastelte oder anderweitig selbsthergestellte Dinge verkauft werden.

Zur Vorbereitung darauf ist eigentlich jetzt die richtige Zeit, während der langen Winterabende läßt sich in gemütlicher Runde das eine oder andere herstellen.

Wer hat Lust, sich daran zu beteiligen und dadurch einen guten Zweck zu unterstützen?

Interessenten melden sich bitte bei der Redaktion. Dort können Sie alles Weitere erfahren.

Die Kleinen müssen zahlen Weihnachtsgeld arg beschnitten

Ausgerechnet zur Weihnachtszeit bekommen die Arbeitnehmer die unsoziale Politik der Bundesregierung wieder zu spüren. Vom Weihnachtsgeld werden ihnen ab 1984 höhere Sozialversicherungsbeiträge abgezogen. Die Höherverdienenden sind davon mal wieder nicht betroffen. Sozial ausgewogen auf christlich-liberal.

Tief in die Tasche gegriffen

Bruttoeinkommen (im Monat)	Weihnachtsgeld	Sozialversicherungsbeiträge vom Weihnachtsgeld		Mehrbelastung
		bisher	ab 1984	
2500 Mark	2500 Mark	381,15 Mark	453,75 Mark	72,60 Mark
3000 Mark	3000 Mark	313,50 Mark	544,50 Mark	231,00 Mark
3500 Mark	3500 Mark	222,75 Mark	635,25 Mark	412,50 Mark
4000 Mark	4000 Mark	138,60 Mark	462,00 Mark	323,40 Mark
4500 Mark	4500 Mark	80,85 Mark	519,75 Mark	438,90 Mark
5000 Mark	5000 Mark	23,10 Mark	254,10 Mark	231,00 Mark
5200 Mark und mehr	wie Bruttoeinkommen	keine	keine	keine

Karl Maier ist Angestellter bei einer Bonner Firma. Er verdient 3000 DM brutto im Monat. Als Weihnachtsgeld bekommt er ein Monatsgehalt. Davon hat er im letzten Jahr 313,50 DM an Sozialversicherungsbeiträgen gezahlt. 1984 werden ihm 231 DM mehr abgezogen, ungefähr so viel, wie er für Weihnachtsgeschenke für seine Kinder ausgeben wollte.

Carl Meyer ist leitender Angestellter eines Unternehmens. Von seinem Weihnachtsgeld hat er noch nie Sozialversicherungsbeiträge gezahlt. Auch 1984 muß er das nicht. Dafür bekommt er noch vor Weihnachten zurück, was er dem Staat als "Investitionshilfsabgabe" bis 1990 geliehen hat. Vielleicht reicht es jetzt noch für einen zweiten Pelzmantel unter dem Weihnachtsbaum.

Zweiterlei Maß für die Herren Maier und Meyer. Die beiden Fälle stehen für viele. Sie sind Ausdruck einer unsozialen Politik der Regierungskoalition.

Warum bekommt Karl Maier denn nun weniger Geld?

Am 9. Dezember 1983 hat der Deutsche Bundestag im Rahmen der Beschlüsse zum Bundeshaushalt 1984 festgelegt, daß einmalig gezahltes Arbeitsentgelt - dazu gehören das Weihnachtsgeld und das Urlaubsgeld - stärker in die Beitragspflicht zu den Sozialversicherungen einbezogen wird.

Das wurde erreicht, indem diese Zuwendungen nun so behandelt werden, als ob sie über das Jahr verteilt gleichmäßig gezahlt würden. Denn wenn in jedem Monat der zwölfte Teil dieser Zuwendungen zum sozialversicherungs-



pflichtigen Bruttoeinkommen hinzugezählt wird, überschreiten nur noch die besonders gut Verdienenden die monatlichen Beitragsbemessungsgrenzen. Für den Teil des Einkommens, der diese Grenzen überschreitet, brauchen keine Beiträge gezahlt zu werden. Die Grenzen liegen bei der Krankenversicherung bei 3900 DM, bei der Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung jeweils bei 5200 DM. Vorher schlug das Weihnachtsgeld in voller Höhe jeweils in dem Monat zu Buche, in dem es tatsächlich anfiel. Die Beitragsbemessungsgrenzen waren dann auch bei niedrigeren Einkommen schnell überschritten.

Was die neue Regelung an Mehrbelastungen jeweils bringt, ist in der Tabelle abzulesen. Vorausgesetzt ist ein Beitragsatz für Arbeitnehmer von 6,6% bei der Krankenversicherung, von 9,25% bei der Rentenversicherung und von 2,3% bei der Arbeitslosenversicherung.

Die unsoziale Politik der Bundesregierung hat Methode. Dem Kleinen wird genommen, dem Großen wird gegeben: Umverteilung von unten nach oben!

Schallschutz für die Verdistraße

Die SPD hatte in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Bonn vor der Kommunalwahl beantragt, die Stadt solle mit dem Landschaftsverband Rheinland verhandeln, wie für die Anwohner der Verdistraße ein Schallschutz gegenüber der Autobahn so schnell wie möglich errichtet werden kann.

Der Lärm dieser Straße ist für die Anwohner schon lange unerträglich.

Inzwischen hat die Verwaltung erfahren, daß es unter Umständen möglich ist, diese Maßnahme, die der Landschaftsverband für 1987 geplant hatte, vorzuziehen.

Der Stadtplanungsausschuß hat den Verhandlungsauftrag an die Verwaltung noch einmal bekräftigt.

Es ist zu hoffen, daß sich hier vielleicht schon im nächsten Jahr etwas tut.



Erscheinungsweise:
Jeden zweiten Monat

Auflage: 7.200
Druck: Eigendruck

Herausgeber:
SPD-Stadtratsfraktion
in Zusammenarbeit mit dem
SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:
Klaus Stöppler (verantw.)
H. Baumann, U. Berger-Juling,
A. Büchner, W. Carl, G. Haas,
G. Roth

Redaktionsanschrift:
ROTKEHLCHEN c/o Klaus Stöppler
Weberstraße 55 5300 Bonn 1
Telefon: 225156